

3. Anpassung der langfristigen Klimastrategie des Kantons Zürich

Dringliches Postulat Paul von Euw (SVP, Bauma), Sarah Fuchs (FDP, Meilen)
vom 29. September 2025

KR-Nr. 317/2025, Entgegennahme, materielle Behandlung

Ratspräsident Beat Habegger: Der Regierungsrat ist bereit, das dringliche Postulat entgegenzunehmen. Wir entscheiden heute über Überweisung oder Ablehnung gemäss Artikel 55 des Kantonsratsgesetzes.

Wird ein Ablehnungsantrag gestellt? Das ist der Fall. Daniel Rentsch beantragt Nichtüberweisung.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Vor der Begründung zum Postulat mache ich einen kurzen Rückblick auf den 28. September 2025, auf das Abstimmungsdatum der Vorlage zum Energiegesetz und dessen Änderung, die Treibhausgase bis ins Jahr 2040 auf netto null zu reduzieren. Gerne nutze ich hiermit die Chance und rufe in Erinnerung, dass 60 Prozent der Stimmenden dieses Vorhaben abgelehnt haben. Neben der breiten Ablehnung der Bevölkerung müssen die Resultate der Wahlkreise betrachtet werden: Sage und schreibe haben – abgesehen von der Stadt Zürich – sämtliche Gemeinden das Vorhaben abgelehnt, inklusive der Stadt Winterthur.

Widersprechend erscheint in diesem Kontext die sogenannte Klimaschutzformulierung in der langfristigen Klimastrategie des Kantons Zürich, durch den Regierungsrat im Jahre 2022 verabschiedet. Diese Strategie besagt aktuell in einer unmissverständlichen Formulierung, dass der Kanton Zürich, und jetzt Zitat: «Um seiner Verantwortung gerecht zu werden und seinen Beitrag zu diesen Zielen zu leisten,» – mit «diesen Zielen» ist das Pariser Klimaabkommen gemeint – «setzte sich der Regierungsrat das Ziel, in der Legislaturperiode 2019 bis 2023 eine langfristige Klimastrategie und ein Vorgehen zur Dekarbonisierung festzulegen. Dabei wird angestrebt, die Treibhausgasemissionen möglichst rasch, spätestens bis 2050, auf netto null zu senken.» Nun, der Regierungsrat hat in erster Linie die Verantwortung gegenüber dem Souverän, also der Stimmbevölkerung, sowie den Einwohnerinnen und Einwohnern des Kantons Zürich, und diese möchten die Umsetzung nun eben nicht möglichst rasch, sondern in geordneten Zeitverhältnissen. Und unter «geordneten Zeitverhältnissen» verstehen wir «unter der Berücksichtigung der technischen und volkswirtschaftlichen Machbarkeiten» und nicht aufgrund sich ständig ändernder Abkommen zwischen anderen, fremden Staaten, welche bis jetzt keine – ich betone: keine – ihrer eigenen Klimaziele je erreicht haben.

Einhergehend mit der angepassten Zielformulierung, erwarten wir auch eine Absenkung im Bereich der Klimaausgaben. Aktuell werden durch den Regierungsrat 119 Massnahmen zur Klimaneutralität bearbeitet. Ich habe mir die Zeit genommen und die Projekte angeschaut. Da gibt es durchaus unterstützenswerte Stossrichtungen. Aber in einer Zeit, in welcher der Regierungsrat Schulhausprojekte,

Strassenbauprojekte, Velowegprojekte et cetera infolge fehlender Finanzen nicht bauen kann, in einer solchen Zeit grenzt es schon etwas an Realitätsverzerrung, wenn wir lesen können, dass die Baudirektion an einem kantonalen Aktionsplan für klimaschonende Ernährung arbeitet oder die JI (*Direktion der Justiz und des Innern*) mit der Baudirektion einen Wettbewerb für klimabewusste Gemeinden schaffen will oder die Bildungsdirektion sich für klimaschonende Ernährung in der Weiterbildung von Volksschullehrpersonen einsetzen soll.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Herr Baudirektor (*Regierungspräsident Martin Neukom*), aufgrund dieser Ausführungen bin ich überzeugt: Die Überweisung des Postulates ist ein richtiger und wichtiger Wegweiser. Daher danke ich dem Regierungsrat für die Bereitschaft zur Entgegennahme und Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für die Unterstützung des Postulates und damit des Volkswillens. Es gibt kein Nein im Sinne der Bevölkerung.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Lassen Sie mich zuerst festhalten: Es freut mich, dass sich die SVP mittlerweile auch zum Klimaziel 2050 bekennt. Weniger freut mich, dass wir heute über dieses Postulat diskutieren müssen. Zuerst dachte ich, na ja, gut, die Volksabstimmung macht es nötig, die Zielsetzung auch bei der Klimastrategie des Regierungsrates anzupassen, das ist nur konsequent, so funktioniert unsere direkte Demokratie. Erst beim zweiten Durchlesen ist mir dann aber aufgefallen, was die Postulanten eigentlich fordern: Es geht ihnen um die Massnahmen, wie Sie gerade ausgeführt haben, Herr von Euw. Sie behaupten in diesem Vorstoss, die Bevölkerung – Zitat – «akzeptiere die einschneidende Massnahmenplanung nicht». Das ist eine Frechheit. Das regierungsrätliche Klimaziel war ja ursprünglich erfreulich, die Massnahmenplanung war aber von Anfang an nur Schwachstrom. Insbesondere im Verkehrsbereich ist diese langfristige Klimastrategie bislang kaum mehr wert als das Papier, auf das sie gedruckt wurde. Es ist fragwürdig, ob mit diesen Massnahmen überhaupt netto null bis 2050 erreicht werden kann. Dass Sie nun schreiben, dass diese Massnahmenplanung einschneidend sei, das ist meiner Meinung nach lächerlich, und dass Sie ihre Streichung fordern, das kommt für uns überhaupt nicht infrage. Die SP-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass wir das Klimaziel 2050 sowie die weniger bestrittenen Elemente der Vorlage ins Gesetz schreiben. Hoffentlich können wir das mit einer breiten Allianz mit allen einigermaßen vernünftigen Fraktionen in diesem Rat tun. Dann kann auch die Regierung ihre Klimastrategie überarbeiten. Bei den Massnahmen wird der Regierungsrat aber nicht reduzieren können, im Gegenteil, er wird dann endlich in allen Sektoren die notwendigen und griffigen Massnahmen präsentieren müssen, damit wir als Kanton endlich unsere Verantwortung für die zukünftigen Generationen übernehmen können. Wir lehnen ab.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Die FDP hat das Postulat mitunterzeichnet, weil wir nach der Volksabstimmung vom 28. September 2025 Klarheit schaffen wollen. Die Stimmbevölkerung lehnte mit fast 60 Prozent das Netto-Null-Ziel 2040 ab. Sie sagte also Nein zur Klimastrategie von 2022. Wir bitten darum den Regierungsrat aufzuzeigen, wie die Klimastrategie überarbeitet werden muss, um

den Volkswillen zu widerspiegeln. Mit dem abgelehnten Energiegesetz hätte die Klimastrategie eine gesetzliche Verankerung bekommen sollen. Aufgrund der Ablehnung ist diese nun nicht vorhanden. Die Klimastrategie basierte auf einem Regierungsratsbeschluss. Weder das Volk noch der Kantonsrat konnten sich direkt zu ihr äussern. Die einzige Willensäusserung, die wir haben, ist das klare Nein der Stimmbevölkerung zum Energiegesetz. Die Klimastrategie stimmt somit nicht mehr mit dem Energiegesetz überein.

Wir sind überzeugt, dass die Klimastrategie als Folge der Abstimmung vom 28. September 2025 angepasst werden muss, dies schulden wir der Stimmbevölkerung. Aus diesen Gründen unterstützen wir das Postulat. Und der Regierungsrat ist ja auch bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Das heisst, der Regierungsrat sieht auch ein, dass etwas angepasst werden muss. Er war ja übrigens auch bereits gegen die Abstimmungsvorlage. Und schauen Sie, wie das Postulat formuliert worden ist: Wir verlangen, dass der Regierungsrat prüfen muss, wie die Klimastrategie angepasst werden muss, nicht dass sie angepasst werden muss. Der Regierungsrat hat nun also einen grossen Spielraum, die Klimastrategie zu überarbeiten. Und wenn der SP-Sprecher sagt, es gehe um die Massnahmen, dann ist das ein bisschen Augenwischerei und eine Ablenkung vom klaren Postulatstext, es geht um die Klimastrategie. Deshalb danken wir allen, die heute unser Postulat unterstützen. Besten Dank.

Daniel Rensch (GLP, Zürich): Ich möchte heute mit allem Respekt gegenüber der Postulantin der FDP und dem Postulanten der SVP sagen: Dieses dringliche Postulat ist schlichtweg nicht nötig. Natürlich akzeptieren wir den Entscheid zum Energiegesetz, aber von der Regierung jetzt auch noch zu verlangen, einen Bericht zu schreiben, ob, wo und wie sie die Zahl 2040 – über das habt ihr nicht gesprochen – in der Klimastrategie streichen soll, das ist alles andere als sinnvoll. Entweder wird hier der Regierung Überheblichkeit unterstellt oder man traut ihr schlichtweg nicht mehr zu, Volksentscheide korrekt umzusetzen.

Noch unverständlicher wirkt es, das in einem dringlichen Postulat zu verlangen. Für mich liegt der Grund auf der Hand: Ein normales Postulat wäre nämlich längst hinfällig, weil die Regierung ihre Strategiepapiere sowieso zeitnah anpassen muss und wird. Der Baudirektion ist doch klar, dass ihre Strategie nun wahrscheinlich angepasst werden muss – und weitere Unterlagen dazu auch. Das ist kantonale Praxis, dazu ist die Regierung verpflichtet. Wir verlangen ja auch nicht nach jeder Abstimmung, dass uns die Regierung extra in einem Bericht aufzeigt, wie sie die neuen Gesetze umsetzt. Dafür gibt es den Geschäftsbericht und dafür gibt es auch Kommissionen, die dafür schauen, dass das umgesetzt wird.

Ich kann auch die Regierung nachvollziehen, dass sie dieses aus unserer Sicht überflüssige Postulat trotzdem entgegennimmt. Hätte sie es nämlich abgelehnt, dann wären sofort haltlose Vorwürfe gekommen, sie wolle den Volksentscheid nicht umsetzen, selbst wenn der Baudirektor wohl ähnlich argumentiert hätte wie ich.

Aber nun zum Kern: Ja, wir müssen den Volksentscheid umsetzen. Aber nach der Abstimmung bleibt – und das ist unser eigentlicher Handlungsbedarf – die offene

Frage, wie wir das in der Kantonsverfassung verankerte Primat zu netto null ins Energiegesetz bringen. Das müssen wir und wollen wir jetzt anpassen. Dort müssen wir für Rechtsklarheit und Planungssicherheit sorgen. Es ist die dringende Baustelle, nicht ein zusätzlicher Bericht über eine ohnehin laufende Strategieberatung. Wir werden deshalb noch im November eine parlamentarische Initiative einreichen, um die unbestrittenen Punkte der Gesetzesanpassung zügig umzusetzen. Und wir laden alle Parteien ein, sich dem anzuschliessen, denn das ist für uns konstruktive Politik – ohne irgendeine Show, ohne unnötigen Mehraufwand für die Verwaltung. Wir lehnen das dringliche Postulat ab.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Mit diesem Postulat bekräftigen 68 Mitunterzeichnende der Dringlichkeit aus FDP und SVP das Klimaziel 2050. Damit ist für uns schon sehr viel erreicht. Wir haben diese Abstimmung verloren. Wir haben die Abstimmung verloren, und damit weise ich auch schon auf den ersten materiellen Fehler dieses Postulates hin: Wir haben die Abstimmung verloren – hören Sie genau zu – mit dem «Klimaziel 2040 bis spätestens 2050», so hiess es im Abstimmungstext. Und es hiess auch und heisst immer noch in der langfristigen Klimastrategie des Regierungsrates, wenn Sie sie genau gelesen hätten: 2040 bis spätestens 2050. Und was wir hier jetzt korrigieren: Wir streichen das «2040», also die Bevölkerung wollte das «2040» nicht, aber das spätestens «2050», dagegen ist sie ganz sicher nicht gewesen. Das heisst, die Korrektur durch die Bevölkerung ist eine minime.

Der zweite materielle Fehler dieses Postulates ist, dass Sie von Massnahmen reden. Wir haben in der Volksabstimmung überhaupt nicht über Massnahmen gesprochen. Wenn Sie den Gesetzestext gelesen hätten, wüssten Sie, dass wir nicht über Massnahmen abgestimmt haben. Wir haben über Kompetenzen abgestimmt, die wir den Gemeinden geben wollen, damit sie auf ihrem Gemeindegrund Klimaanpassungen und Klimamassnahmen erlassen können. Und wir haben ganz genau die Bereiche definiert, in denen diese Massnahmen getätigt werden können, mit Betonung auf «können». Wir haben aber nicht über kantonale Massnahmen abgestimmt, auch hier schiessen Sie weit über das Ziel hinaus.

Zudem – und das hat mein Vorredner Nicola Siegrist mit aller Deutlichkeit schon betont, ich werde es aber doch auch noch einmal betonen, damit es nicht vergessen geht – reichen die Massnahmen der langfristigen Klimastrategie noch nicht für das Ziel 2050. Ich würde zwar sagen, dass sie das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt sind, da weiche ich ein bisschen von meinem Vorredner ab, aber grundsätzlich reichen sie noch nicht bis 2050. Und jetzt wollen Sie da nach unten korrigieren, Sie bremsen also den Klimaschutz, der zum Klimaziel führen soll, das Sie selbst mit 68 Unterzeichnerinnenstimmen jetzt bekräftigt haben. Das wollen Sie gleich wieder ausbremsen, das ist also völlig inkonsequent. Mich dünkt das sogar ein bisschen heuchlerisch, wenn man sagt, «wir bekräftigen jetzt 2050, aber wir wollen diese Massnahmen, die noch nicht einmal wirklich dorthin führen, diese Massnahmen wollen wir jetzt noch schwächen». Da spielen Sie ein falsches Spiel, und das ist der Grund, nicht die Volksabstimmung, sondern das ist der

Grund, warum wir hier die Diskussion beantragt haben, weil Sie viel weiter gehen, als die Volksabstimmung das wollte.

Wir kennen dieses Spiel. Sie versuchen, die Energiewende, Sie versuchen, die Klimawende auszubremsten. Und wenn man dann gebremst hat, sagt man: «Das Ziel ist überhaupt nicht erreichbar, nein, das schaffen wir nicht.» Dabei haben Sie ja selber gebremst, Sie haben ja die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir das Ziel nicht erreichen. Und dann kommen Sie mit wehenden Armen und sagen: «Das Ziel ist viel zu früh.» Das machen wir nicht nochmals mit 2050, deshalb halten wir an den Massnahmen fest, die in der Klimastrategie stehen. Und wir möchten diese Massnahmen sogar ausbauen, damit wir 2050 erreichen, so wie es auch die Schweizer Stimmbevölkerung beschlossen hat.

Ein letzter Punkt, warum dieses Spiel gefährlich ist, ist auch ein wirtschaftlicher: Wir sehen es jetzt in China, wir sehen es in Südostasien, die Energiewende treibt die Innovation in diesen Ländern an. Die Energiewende treibt die Wirtschaft in diesen Ländern an, und ich fürchte ein bisschen, dass wir in diesen Breitengraden hier, wenn wir so weitermachen, auf ganz wichtigen technischen Gebieten den Anschluss verpassen. Und da sind es dann wieder die Wirtschaftsparteien, die Wirtschaftsförderung und so weiter, die für sich reklamieren und sagen, «wir haben etwas für die Wirtschaft getan». Ich fürchte aber, dass sie damit eben genau nichts für die Wirtschaft tun, sondern dass das Problem ist: Wir beginnen, den Anschluss zu verlieren, wenn wir genau auf diesen Gebieten die Ziele aus den Augen verlieren. Ich danke Ihnen.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Abgelehnt vom Volk wurde das Energiegesetz, nicht die Klimastrategie. Die Bevölkerung hat nicht Nein gesagt zur Klimastrategie und zur entsprechenden Massnahmenplanung. Im vorliegenden Postulat wird ausgesagt, die Bevölkerung akzeptiere weder einen Alleingang des Kantons Zürich noch das Netto-Null-Zwischenziel 2040 noch die Massnahmenplanung. Wir sind überrascht, dass die Postulanten eine so klare Aussage über die Abstimmungsgründe machen können. Effektiv kann darüber doch nur spekuliert werden. Was spricht dagegen, ein Klimaziel möglichst schnell erreichen zu wollen? Darf sich der Kanton nicht einmal strategisch hohe Ziele setzen? Selbstverständlich muss über die geeigneten Massnahmen zur Zielerreichung diskutiert werden. Und eine Strategie muss immer wieder überdacht und überprüft werden, besonders im Hinblick auf die Volksabstimmung. Aus diesem Grund sind wir nicht gegen die Überweisung an den Regierungsrat. Damit ist aber nicht vorweggenommen, dass griffige Massnahmen zum Klimaschutz aufgegeben werden sollen. Wir wünschen uns mehr Innovation und weniger Verbote. Über eine allfällige Anpassung der Klimastrategie und der Massnahmen sprechen wir gerne, wenn die Postulatsantwort vorliegt.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Ich gebe es ehrlich zu: Die verlorene Abstimmung hatte für mich etwa die gleiche Qualität, wie wenn mir als Torhüter ein Ball zwischen den Hosenträgern durchrutscht, also ein wahrer Albtraum. Ob schlechtes Stellungsspiel, Trainingsrückstand oder einfach Pech, egal, es ist

schmerzhaft. Trifft dieser Super-GAU mich, ist post-fussballerische Schlaflosigkeit garantiert. Aber muss ich deswegen alle Ziele eines ehrgeizigen Sommer-Goalies über Bord werfen und das Vertrauen in die Mannschaft verlieren? Natürlich nicht. Ein Rückschlag ist kein Grund aufzugeben, im Gegenteil, wir treten an, um zu siegen, und wenn das einmal nicht klappt, dann wenigstens, um zu lernen. Eine saubere Fehleranalyse ist im Sport ebenso wichtig wie in einer funktionierenden Demokratie. Persönliche Fehlgriffe sind wie Volksentscheide: Sie sind zu akzeptieren und daraufhin zu prüfen, welche Lehren sich aus dem Resultat ziehen lassen. Ein zwar bitteres, aber doch treffendes Beispiel für dieses Verständnis von Politik ist diese genannte Abstimmung zum Energiegesetz. Denn im Nachhinein zeigt sich: Ein Nein zum Ziel 2040 ist kein Nein zum Klimaschutz, im Gegenteil, in früheren Abstimmungen zu Klimaschutzthemen haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger immer wieder Ja gesagt, gerade auch zur Verankerung des Klimaschutzes in der Verfassung. Wenn die Postulanten nun die Versenkung der Klimastrategie verlangen, ist das ebenso eine Missachtung des Volkswillens. Das Volk will zwar weiterhin Bratwürste grillieren, aber trotzdem nicht zurück ins Zeitalter, wo von Kohle und Öl geschwängerte Luft einzuatmen war.

Der Regierungsrat hat in der bestehenden Klimastrategie genügend Spielraum, sich auf wirksame Massnahmen zu konzentrieren, im Einklang mit dem Netto-Null-Ziel 2050 des Bundes. Zu diesem Ziel – wir haben es schon gehört – gab es im Übrigen sogar die Zustimmung der Gegner der Abstimmungsvorlage. Ein zusätzliches Postulat an den Regierungsrat ist daher weder nötig noch sinnvoll, es wäre bloss eine unnötige Belastung für die öffentliche Verwaltung und somit eine Verschwendung von Ressourcen.

Das Nein an der Urne war kein Eigentor mit schlimmen Folgen. Es war vielmehr ein smarter, präziser Pass, den unser Regierungsteam problemlos annehmen kann. Dafür braucht es keine gelbe Karte und kein dringliches Postulat. Gefragt ist einzig die Bereitschaft, den Argumenten der Gegenseite zuzuhören und die Bedenken des Volkes ernst zu nehmen. Wir sind überzeugt, dass der bürgerlich geprägte Regierungsrat den Volkswillen in jedem Fall respektieren wird. Die EVP wird dieses weder dringliche noch nötige Postulat nicht unterstützen.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Das Klimaziel 2040 und bis spätestens 2050 bleibt für die AL weiter ein wichtiges Ziel für unseren Kanton. Und hier ist es eben auch wichtig zu betonen: Es heisst «bis spätestens 2050», aber, wenn möglich, machen wir es besser. Auch betreffen die Klimastrategie und die entsprechende Massnahmenplanung klar weitere Bereiche ausserhalb des Energiegesetzes, über das wir abgestimmt haben. Die Strategie beinhaltet konkrete Massnahmen und eben nicht nur Luftschlösser und unrealistische Ziele, der Vorwurf, der in der Kampagne zur Volksabstimmung geäussert wurde. Die Massnahmenplanung enthält konkrete Massnahmen, die funktionieren, und widerspricht damit auch dem entsprechenden Duktus. Wie gesagt, die kantonale Strategie geht weiter als der Inhalt des Energiegesetzes. Hier geht es um konkrete Massnahmen, sei es nun im Verkehr und im ÖV, beispielsweise im Fahrzeugpark der Verwaltung oder

auch in der Landwirtschaft. Diese haben mit dem Energiegesetz nichts zu tun, sind aber Teil der kantonalen Strategie.

Die AL hält daher weiterhin an der kantonalen Massnahmenplanung fest. Sie enthält nämlich konkrete Ziele, die über das Energiegesetz hinausgehen. Und die Formulierung, die Aussage, dass es bis spätestens 2050 sein soll, ist für uns ebenfalls mit dem Volkswillen entsprechend kompatibel.

Sabine Arnold (Grüne, Zürich): Dieses Postulat will eine Dynamik bremsen, die dringend notwendig ist. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels bleibt uns keine Zeit, Däumchen zu drehen und nicht vorwärtszumachen mit geplanten Klimaschutzmassnahmen. Gerade aktuell erreichen uns Warnzeichen aus aller Welt. Schauen Sie auf die Klimakonferenz in Brasilien oder denken Sie an die Mitte Oktober erschienene Studie «Global Tipping Points Report», wonach wir den ersten Kipppunkt bereits überschritten haben und das grosse Korallensterben unwiderruflich begonnen hat. Wir müssen aber gar nicht so weit wegschweifen, wir spüren den Klimawandel ja am eigenen Leib hier in der Schweiz. Denken Sie an den Anstieg der Nullgradgrenze und den schwindenden Schnee. Das ist übrigens die einzige Folge der Klimaerwärmung, die in meiner Familie auf Freude stösst. Mein Sohn hofft jedes Jahr, dass er wegen fehlenden Schnees nicht in die Skischule gehen muss. Denken Sie an heftige und häufigere Starkniederschläge, denken Sie an die trockeneren Sommer und an die extremen Hitzeereignisse. Diese Hauptveränderungen haben Forschende der ETH und von MeteoSchweiz (*Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie*) in ihrem letzte Woche erschienen Bericht «Klimaszenarien 2025» festgestellt, angesichts einer global um 3 Grad wärmeren Welt. Die Hitzeereignisse betreffen speziell städtische Gebiete. Hitzetage und Tropennächte werden in Zukunft deutlich häufiger auftreten. In der Stadt Zürich werden zum Beispiel fünfmal mehr Tropennächte im Jahr erwartet. Ich weiss nicht, wie Sie dann jeweils schlafen, ich nicht gut. Wir gesunden und jüngeren Menschen können der Hitze aber Abhilfe verschaffen, Schattenplätze und Abkühlung suchen. Ältere Menschen und kranke Menschen hingegen sind bei zunehmenden Hitzetagen ernsthaft in Gefahr, ebenso wie kleine Kinder übrigens. Die Beschwerden von alten Menschen, wie Herz-, Kreislauf- oder Atemwegserkrankungen, können sich verschlimmern, Infektionskrankheiten nehmen zu und es kommt zu mehr Notfallhospitalisierungen und auch zu mehr Todesfällen; auch dazu ist kürzlich eine Studie erschienen. Von 6100 hitzebedingten Todesfällen im Kanton Zürich ist ein Drittel auf den menschengemachten Klimawandel zurückzuführen. Untersucht wurden 50 Jahre. Zwar können Präventionsmassnahmen die Todesfälle reduzieren, dennoch fordert der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seinem Urteil von 2024 von der Schweiz verstärkte Klimaschutzmassnahmen. Sie erinnern sich an die Klima-Seniorinnen und ihre Klage. Als ältere Frauen sind sie besonders anfällig für die Auswirkungen von Hitzewellen. Sie finden jetzt vielleicht, mein Votum gleiche thematisch einem wilden Ritt – von sterbenden Korallen über die verhasste Skischule bis zu den Hitzetoten. Aber das ist eben der menschengemachte Klimawandel, dessen Folgen uns immer heftiger beschäftigen und die immer heftiger auftreten. Lassen Sie uns deshalb keine

Zeit verlieren, griffige Massnahmen dagegen zu ergreifen. Lehnen Sie dieses dringliche Postulat ab.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): UNO-Generalsekretär Antonio Guterres sagte letzte Woche im Vorfeld der COP30, der Klimakonferenz in Brasilien: Es ist nicht mehr möglich, das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Wir steuern global auf eine Erwärmung von rund 3 Grad Celsius zu, mit dramatischen Folgen. Ja, die Zürcher Bevölkerung hat entschieden, dass wir im Gleichschritt mit dem Bund das Netto-Null-Ziel 2050 erreichen sollen. Selbst dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn wir entschlossen handeln. Reto Burkhard, der Vizedirektor des Bundesamtes für Umwelt, stellte kürzlich klar: Die Schweiz wird ihre Klimaziele für 2030, eine Halbierung der Emissionen, massiv verfehlen. Und er warnt: Je länger wir warten, desto teurer wird es. Deshalb bleiben uns dann einfach immer weniger Optionen, um zu handeln. Vor diesem Hintergrund wäre es völlig unverantwortlich, die Klimastrategie des Kantons und die darin enthaltenen Massnahmen zu schwächen. Die Realität draussen zeigt uns auf, was auf dem Spiel steht. Die jüngsten Wirbelstürme in Jamaika und auf den Philippinen waren heftiger als je zuvor, mehr Todesopfer, mehr Leid und allein auf Jamaika Schäden von rund 10 Milliarden Dollar; das entspricht einem Drittel des BIP (*Bruttoinlandsprodukt*) von Jamaika. Wer die Klimastrategie jetzt schwächt, gefährdet nicht nur das Klima, sondern auch unsere Glaubwürdigkeit.

Paul von Euw (SVP, Bauma) spricht zum zweiten Mal: Ja, ein grosses Geschwurbel und «Versteckis» ist jetzt ausgebrochen, was ich eigentlich schon fast vorausgesehen habe. Erstaunlich, vielleicht erschreckend oder im höchsten Grade undemokratisch, so sind Ihre Antworten. Sie wollen – sagen Sie es doch –, Sie wollen den Volkswillen nicht umsetzen. Und wissen Sie, der Bevölkerung ist es wurst, ob etwas in einem Gesetz steht, ob etwas in einer Verordnung steht oder ob etwas in einer Strategie steht. Der Bevölkerung geht es darum: Was erlebe ich in meinem Alltag? Und da hat die Bevölkerung gesagt: Nein, das wollen wir nicht, und uns ist es wurst, wo das steht. Sie haben das Gefühl, Sie seien die wichtigste Instanz im Kanton Zürich, Sie hier drin, vor allem auf der Gegenseite, aber das sind Sie nicht. Sie sind einige kleine Fraktionen aus einigen kleinen Parteien (*Heiterkeit*), die sich hie und da zusammenraufen, und meinen, Sie machen etwas Gutes. Aber Sie machen eben nichts Gutes, sondern Sie verzeihen sich lediglich gegenseitig die Fehler, die Sie begehen. Und das Problem ist: Sie hinken alle im selben Spital, Sie sehen nicht aus Ihrem Spital hinaus, das machen Sie nicht. Und wenn dies das Problem ist, dann haben Sie vermutlich den falschen Doktor, und Sie sind mit Blindheit geschlagen. Und nur schon der einfache Wink des Regierungsrates, «ja, wir nehmen das dringliche Postulat entgegen», hat doch nichts mit einer Überlastung der Verwaltung zu tun, sondern dann sagt der Regierungsrat, «ja, wir nehmen die Bevölkerung ernst» – scheinbar im Gegensatz zum Kantonsrat – «wir nehmen die Bevölkerung ernst und wir machen das». Und wenn wir als Volks-

vertreterinnen und Volksvertreter – vielleicht nicht ganz alle hier drinnen, die einen sind nur gewählt –, aber wenn wir hier Unterstützung leisten, diesem Vorhaben der Bevölkerung Support verleihen, dann geschieht sicher auch etwas. Ich bitte Sie, die Bevölkerung beziehungsweise deren Stimmverhalten zu respektieren.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): In Anbetracht der Tatsache, dass es in den letzten Wochen und Monaten doch einige neue Ratskolleginnen und -kollegen gegeben hat, gebe ich gerne mal wieder meine Interessenbindung bekannt: Ich bin beruflich beim Verband der Mineralölindustrie angestellt. Ich mache das gerne im Gegensatz zu meinem Vorredner aus der Grünen Fraktion, der seine Interessenbindung nicht bekannt gegeben hat, obwohl er ein klares Interesse an einem möglichst strengen Klimaschutz hat. Aber lassen wir das.

Ich möchte diese Diskussion doch noch einmal ein bisschen Revue passieren lassen. Man merkt an Ihren teilweise aggressiven Voten, dass Ihnen langsam aber sicher die Felle davonschwimmen. Sie merken, niemand interessiert sich mehr für Klimaschutz. Wir haben es immer wieder gesagt: Sobald es konkret wird, sobald es den Leuten ans Portemonnaie geht, sagen sie Nein. Und solange es nur um irgendwelche wolkigen Ziele geht, sagt man gerne Ja. Und jetzt hat zum ersten Mal die Bevölkerung Nein gesagt zu einem Ziel, das sollte Ihnen wirklich zu denken geben. Die Bevölkerung hat kein Interesse mehr an einem zu rigiden Klimaschutz. Und, Kollege Forrer, du hast gesagt, in diesem Gesetz sei es nicht um Massnahmen gegangen, man habe nicht über Massnahmen gesprochen: Wir haben über Massnahmen gesprochen, ihr habt uns kritisiert. Wir haben der Bevölkerung gezeigt, was passiert, wenn man so ein absurd strenges Klimagesetz erlässt. Und die Bevölkerung hat auf uns gehört und sie hat gesagt: «Nein, wir wollen das eben nicht, wir wollen diesen rigiden Klimaschutz nicht.» Wir bekennen uns in dem Sinn zu 2050, weil die Bevölkerung Ja gesagt hat dazu. Aber ihr habt vielleicht auch gesehen, dass vor einigen Wochen eine Studie herausgekommen ist. Die Bevölkerung steht nach wie vor zu diesem Klimaziel, ja, aber 85 Prozent der Bevölkerung – das ist eine Sotomo-Studie (*Forschungsinstitut*), die ist repräsentativ –, 85 Prozent der Bevölkerung glaubt nicht daran, dass netto null 2050 erreicht werden kann.

Frau Arnold, Sie können schon zum 100. Mal sagen, was alles Schlimmes passiert auf der Welt. Wir wissen das, es ist so, es wird wärmer, es hat negative Folgen. Nur ändert es nichts daran, wenn wir hier im Kanton Zürich den Leuten vorschreiben, wie sie heizen oder wie sie Auto fahren dürfen. Das ist bestenfalls nicht einmal ein Tropfen auf einen heissen Stein, solange der Rest der Welt nicht mitmacht. Und der Rest der Welt macht eben nicht mit, und deshalb sollten wir unsere Energien darauf lenken, die Folgen des Klimawandels irgendwie einzuhegen und uns davor zu schützen.

Dann noch einmal zurück zu Kollege Thomas Forrer: Du hast gesagt – ja, schon wieder, du bist halt wichtig und du sagst halt wichtige Dinge und deshalb muss man dich ja auch immer korrigieren (*Heiterkeit*) –, du hast irgendetwas davon

geredet – auch das ist ein Märchen, das immer wieder kommt –, ja, die Energiewende, die treibe die Wirtschaft voran, das nütze der Wirtschaft. Schau doch mal nach Deutschland. Ganz Deutschland ächzt, jedes KMU geht unter, weil die Energiepreise zu teuer sind. Deutschland wird deindustrialisiert, man hat Atomkraftwerke in die Luft gesprengt, die noch wunderbar funktioniert hätten. Diese Energiewende ist ein Riesenschwindel, es ist eine wirtschaftliche Katastrophe und führt dieses Land vor die Deindustrialisierung. Das könnt ihr einfach nicht länger verschweigen.

Und dann noch etwas zu den Prozessen: Lieber Dani (*Daniel Rensch*), ich glaube, du bist ein bisschen auf dem Holzweg. Wenn ein Gesetz verabschiedet wird, ja wohl, dann muss es der Regierungsrat umsetzen, da bin ich deiner Meinung, das wird dann auch sauber gemacht. Hier geht es aber nicht darum, dass ein Gesetz angenommen wird, das jetzt umgesetzt werden muss. Es ist ein Gesetz abgelehnt worden, und eine Strategie hat auf dem abgelehnten Gesetz beruht und die muss jetzt angepasst werden. Wir wollen, dass von diesen – wie vielen, 120 Massnahmen, hast du gesagt –, diejenigen gestrichen werden, die es nicht braucht, um netto null 2040 zu erreichen, denn die kosten alle Geld und Aufwand und man braucht Personal. Das erwarten wir vom Regierungsrat. Und er ist ja sogar bereit, das Postulat entgegenzunehmen, also sehe ich nicht ein, weshalb ihr dieses dringliche Postulat nicht unterstützt. So, das wäre es von mir gewesen, vielen Dank.

Markus Schaaf (EVP, Zell): «Bratwurst verbieten, Traktoren verbieten, Fliegen verbieten», mit diesem abenteuerlichen Abstimmungskampf haben Sie die Abstimmung zum ambitionierten Energiegesetz 2040 tatsächlich gewonnen. Abenteuerlich! Und genauso abenteuerlich ist jetzt Ihre Interpretation des Abstimmungsergebnisses. Wir haben über eine Zahl abgestimmt, wo sich Gemeinden und Kanton ehrgeizigere Ziele setzen, als es bisher vereinbart war. Da hat die Bevölkerung Nein gesagt. Sie hat aber nicht Nein gesagt, dass weiterhin ambitionierte Klimaziele angestrebt werden sollen. Sie gehen also auf sehr abenteuerliche Art und Weise mit diesem Abstimmungsergebnis um, das ist für mich undemokratisch. Wenn Sie uns hier als gewählte Volksvertreter als kleine Minderheit darstellen, dann ist das für mich undemokratisch. Und es gibt einen Lösungsansatz, Paul von Euw hat es aufgezeigt: Statt in Klimaschutz sollte man in Bildung investieren. Mein Ratschlag ist: Man sollte beides tun und beides eben richtig machen. Denn wenn man in Bildung investiert, dann ist das ein sehr wirksames Rezept gegen Dummheit. Nur damit Sie mich richtig verstehen: Ich unterstelle Ihnen nicht Dummheit, denn Sie sind alles intelligente, wache Männer und Frauen, die wissen, was sie wollen. Sie machen das sehr raffiniert, Sie sind nicht dumm, sondern ich denke eher, dass Sie mit ideologischen Scheuklappen und verblendet unterwegs sind.

René Isler (SVP, Winterthur): Ich habe noch gar nichts gesagt (*Heiterkeit*). Apropos Scheuklappen: Gemäss dem Bundesamt für Umwelt reduzierte die Schweiz ihre inländischen Treibhausgasemissionen pro Einwohner von 1990 bis 2023 um 44,1 Prozent. Damit hätte die Schweiz, pro Kopf betrachtet – so steht es auch auf

der Webseite –, die gesetzlichen Klimaziele von Paris um fast das Doppelte übertroffen; so viel zu Scheuklappen. Im selben Zeitraum konnten die Treibhausgase in Europa um 36 Prozent gesenkt werden. Weltweit – und das stimmt leider so – stieg aber der Ausstoss im selben Zeitraum um 87 Prozent. Und nun hören Sie gut zu, geschätzter Fraktionspräsident der Grünen (*Thomas Forrer*), führend beim CO₂-Ausstoss, um 10,07 Prozent gesteigert, ist China, und weltweit wurde der CO₂-Ausstoss um 87 Prozent erhöht. Also Europa hat ihn gesenkt um 36 Prozent, die Schweiz um 44 Prozent, aber weltweit ist der ganze CO₂-Ausstoss um 87 Prozent angestiegen, also ausgedeutscht.

Und da auch ein ganz kleiner Wink an die Mitte, Sie sind ja auch dafür, dass wir diese Mobilitätsinitiative (*Vorlage 5947, Volksabstimmung am 30. November 2025*) annehmen – nehme ich mal fest an, ich sehe Sie wenigstens Flyer verteilen: Aber eine Massnahme gemäss den Grünen ist eben die flächendeckende Einführung von 30er-Zonen. Das ist ein bisschen quer in der Landschaft, wenn man sich für etwas Gescheites einsetzt, dann aber nicht wahrhaben will, dass alle unsere Massnahmen nichts bewirken. Wir können machen, was wir wollen, wir können zurück in die Steinzeit, wir können statt 44,1 Prozent auch 100 Prozent Einsparungen machen, da draussen auf der Welt geschieht gar nichts, weil wir einfach ein kleiner Mikrokosmos sind. Und wenn wir das noch herunterbrechen auf die Stufe eines Kantons der schweizerischen Eidgenossenschaft, dann machen wir das Millionste zum Milliardensten.

Ich bitte Sie, dieses dringliche Postulat zu unterstützen.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Nur eine kleine Bildungslektion, sorry, ich kann es nicht anders sagen: Herr Isler, Sie können nicht den absoluten Anstieg des CO₂-Ausstosses mit einer relativen Pro-Kopf-Senkung vergleichen, das darf man einfach nicht vergleichen. Sie können nicht Pro-Kopf-Angaben mit absoluten Angaben mischen. Auch wenn Ihrem Votum schwierig zu folgen war und es wahrscheinlich eh nicht aufgegriffen wird, ist das einfach ein völliger Unfug, und ich muss widersprechen.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich habe auch noch eine kurze Ergänzung, und zwar zum Votum der GLP von Daniel Rensch: Nein, wir brauchen keinen neuen Bericht, wir müssen nicht die Verwaltung mit neuer Bürokratie beauftragen, sondern was wir brauchen, ist die Anpassung der Klimastrategie, die ja sowieso gemacht wird, die der Regierungsrat ja sowieso macht. Deshalb verstehe ich die ganze Hysterie gegen dieses Postulat nicht. Man kann dieses Postulat überweisen und der Regierungsrat überarbeitet die Strategie sowieso. Ich verstehe die Hysterie nicht.

Ratspräsident Beat Habegger: So, das Wort aus dem Rat wird nicht mehr gewünscht, der Baudirektor verzichtet.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 91 : 84 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 317/2025 nicht zu überweisen. (*Abweichung gegenüber dem angezeigten Resultat der Abstimmungsanlage um eine Ja-Stimme, weil bei einem Ratsmitglied die Abstimmungstaste nicht funktioniert hat.*)

Das Geschäft ist erledigt.